

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 84 6 pbbn d



## Inhalt

Dr. Norbert Wieczorek MdB,  
Stellvertretender Vorsit-  
zender der Arbeitsgruppe  
USA der SPD-Fraktion im  
Deutschen Bundestag, kom-  
mentiert den Ausgang der  
US-Wahlen: Reagan muß  
Probleme meistern.

Seite 1

Konrad Gilges MdB zum  
Madaus-Prozeß: Dunkle  
Machenschaften aufgeheilt.

Seite 2

Professor Dr. Mils Dieder-  
ich verurteilt eine Per-  
vertierung der olympischen  
Idee: Apartheid im deut-  
schen Sport?

Seite 4

### Dokumentation

Die Ausladung des Spiegel-  
Chefredakteurs, Erich  
Böhme, aus einer TV-Dis-  
kussion mit Kanzler Kohl  
im Bayerischen Rundfunk  
soll ein Nachspiel im  
Rundfunkrat haben. Dies  
fordert SPD-MdL Dr. Heinz  
Kaiser in einem Brief an  
BR-Intendant Vöth. Wort-  
laut auf

Seite 6

39. Jahrgang / 215

7. November 1984

### Zum Wahlausgang in den USA

-----  
Hoffnung, daß Reagan extreme Forderungen aus den Reihen  
seiner Anhänger zurückweist

Von Dr. Norbert Wieczorek MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe USA der  
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die eindeutige demokratische Entscheidung der amerikani-  
schen Wähler ist zu respektieren. Es ist darauf hinzuwei-  
sen, daß die in der amerikanischen Verfassung beruhende  
Machtverteilung zwischen Präsident und Parlament sich prak-  
tisch nicht verändert hat. Die Demokratische Partei hat  
bei kleineren Verlusten ihre Mehrheit im Repräsentanten-  
haus gehalten. Ebenso haben die Republikaner ihre Senats-  
mehrheit knapp verteidigt. Dieses Ergebnis zeigt, daß die  
Wähler klar zwischen der Wahl des Präsidenten und des  
Parlaments differenziert haben.

Ich habe die Hoffnung, daß der Präsident seinen großen  
persönlichen Erfolg dazu nutzt, die großen ungelösten Auf-  
gaben der Außen- und Innenpolitik zu lösen. Ich denke in  
diesem Zusammenhang an die Wiederaufnahme der Abrüstungsver-  
handlungen mit der Sowjetunion, eine friedliche und die Men-  
schenrechte beachtende Lösung der sozialen und politischen  
Probleme in Zentralamerika und im Nahen Osten sowie die Be-  
seitigung des Haushaltsdefizits bei gleichzeitiger Be-  
kämpfung der neuen Armut in den USA. Ebenso an die Abwehr  
des Protektionismus und die Senkung des Zinsniveaus. Es  
ist zu wünschen, daß Reagan die breite Basis für sein Man-  
dat dazu nutzen wird, die Forderungen und die Rhetorik  
extremer Gruppen unter seinen Anhängern zu diesen Problemen  
abzuwehren, und Lösungen zu finden, die im Interesse aller  
Bürger in den USA und den betroffenen dritten Ländern  
liegen.

(-/7.11.1984/ks/ks)

+ + +

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Verlagsgesellschaft  
für den Buchmarkt  
Bonn



### Dunkle Machenschaften aufgeheilt

Der Madaus-Prozeß warf Licht auf die Beziehungen von Pharma-Industrie und CDU

Von Konrad Gilges MdB

Der erste Akt des Kölner Parteispenden-Prozesses ist beendet. Wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit indirekten Parteispenden an die CDU wurde der Arzneimittel-Fabrikant John-Werner Madaus zu einer Geldstrafe in Höhe von 420.000 Mark verurteilt. Der Prozeßverlauf hat ein wenig Licht in die dunklen Machenschaften zwischen deutschen Unternehmern und der CDU gebracht.

So berichtete der "Kölner Stadt-Anzeiger" von einem Prozeßtag: "Aus einer im Gericht verlesenen Korrespondenz zwischen Madaus und dem CDU-Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep ist ersichtlich geworden, daß der Fabrikant versucht hat, über seine Spenden massiv Einfluß auf die Politik der Union zu nehmen. So machte er vor der Bundestagswahl 1976 Spenden davon abhängig, daß die Union mit ihm über ein künftiges Arzneimittelgesetz rede." Anscheinend waren diese Gespräche im Sinne von Herrn Madaus erfolgreich. Zum Beweis braucht man sich nur den Verlauf der Beratungen über ein neues Arzneimittelgesetz in den 70er Jahren in Erinnerung zurückrufen.

Am 17. Juli 1974 legte die sozial-liberale Koalition einen Entwurf für ein neues Arzneimittelgesetz vor. Die komplette Neuordnung wurde angestrebt. Der von der CDU beherrschte Bundesrat machte jedoch schon in seiner ersten Stellungnahme vom 18. Oktober 1974 alleine 61 Änderungsempfehlungen. Die Reform sollte vehement hintertrieben werden.

Daraufhin brachte die Regierung am 16. Januar 1975 einen entschärften Entwurf vor den Deutschen Bundestag. So fehlte die Angabe der wirksamen Begleitstoffe im Arzneimittel, auf die Angabe des Arzneimittelpreises wurde verzichtet, die Schmerzensgeldregelung entfiel.



Im Februar 1976 legte dann der Unterausschuß "Arzneimittelrecht" sein Beratungsergebnis vor. Die massive Interessenkoalition von Verbänden und Wirtschaft hatte dabei seine Wirkung nicht verfehlt: Die Politik der Problemausklammerung wurde fortgesetzt. So empfahl der abschließende Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit weitgehende Verschlechterungen.

Trotz massiver Einschnitte zugunsten der Interessen der Pharmaindustrie wurde der vom Bundestag verabschiedete Gesetzentwurf im Bundesrat abgelehnt. Erst durch den Vorschlag des Vermittlungsausschusses von Bundesrat und Bundestag stimmte die Ländervertretung am 25. Juni 1976 dem Arzneimittelgesetz zu. Zuvor hatte jedoch der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit erklären müssen, von der Verordnungsermächtigung nur zurückhaltend Gebrauch zu machen.

CDU und CSU hatten bei den Beratungen zum Arzneimittelgesetz immer die Interessen der Wirtschaft vor Augen gehabt. Ob die Spendenpraxis, insbesondere von Herrn Madaus, hierbei nützlich war, kann natürlich nicht im einzelnen nachgewiesen werden. Der Verlauf und die massiven Eingriffe der Unions-Parteien entkräften jedoch diesen, bereits mehrfach in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf nicht. Die Unions-Fraktion wird in der nächsten Woche bei der Debatte über den Arzneimittelbericht sowie bei der daraufhin notwendigen Verbesserung des Arzneimittelgesetzes zeigen können, ob sie sich von der Einflußnahme durch die deutsche Pharmaindustrie gelöst hat oder nicht. (-/7.11.1984/ks/rs)

+ + +



### Apartheid im deutschen Sport?

---

Eine Pervertierung der olympischen Idee darf nicht zugelassen werden

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Seit einigen Jahren ist es in verschiedenen Kampfsportfachverbänden in der Bundesrepublik - ursprünglich bei den Boxern und Ringern, und wie man hört, jetzt auch bei den Judokas - üblich geworden, Ausländer, auch wenn sie dauernd in Deutschland leben, von der Teilnahme an überregionalen Meisterschaften der Junioren und der Erwachsenen auszuschließen. Mehr und mehr in Deutschland aufgewachsene junge Menschen - Gastarbeiterkinder zumeist - erringen auch sportliche Lorbeeren (typische Folge einer erfolgreichen Integration). Die wackeren Funktionäre mancher Verbände fürchten offenkundig eine "Überfremdung". Statt nun aber junge Deutsche zu besseren Leistungen anzuspornen, die auch zu Meisterwürden führen, ist schleichende Apartheid angesagt.

So wurden bei den Norddeutschen Judo-Meisterschaften am 3. November 1984 in Berlin der Berliner Meister bis 60 Kilogramm - der Türke Tahir Uyar (Bushido Tegel), ein Berliner Vize-Meister in der 65-Kilo-Klasse, der Grieche Wassilios Kougiutzidis (Chikara Kreuzberg) und weitere Medaillen-Gewinner der Berliner Meisterschaften (Oliver Hervé, Judo-Club-Berlin, und Bülent Özcan, DJK Wilmersdorf) nicht zugelassen, obwohl sie alle ihren dauernden Wohnsitz in Berlin haben, dort seit frühester Kindheit leben, dort ihr Abitur machten und dort arbeiten.

Diese Perversion der olympischen Idee erscheint umso grotesker, als bekannt ist, daß bei der Norddeutschen Juniorenmeisterschaft im Judo Anfang 1984 in Hamburg beispielsweise ein junger Österreicher - deutscher Name, "deutsches" Aussehen - unbefragt zugelassen worden sein soll, während "Ausländer" nach Aussehen aussortiert wurden.

Besonders betroffen von dieser Diskriminierung sind solche Bundesländer beziehungsweise Gemeinden, in denen der Ausländeranteil, vor allen Dingen in der nachwachsenden Generation, verhältnismäßig hoch ist, also zum Beispiel Berlin.

Nun ist beim Judo die Teilnahme an den Berliner Meisterschaften noch nicht ausgeschlossen, die Diskriminierung geht also eindeutig von den überregionalen Verbänden aus. Aber dadurch, daß Gewinner in Berlin an den überregionalen Meisterschaften nicht mehr teilnehmen können, führt dies natürlich auch zu einem zunehmenden Druck bei den Vereinen und Sportschulen, die sich in der mißlichen Lage sehen, auf diese Weise von der überregionalen Teilnahme ebenfalls teilweise ausgeschlossen zu werden. Wohin die Entwicklung führt, zeichnet sich sehr eindeutig bei den Amateur-Boxern ab, wo zum Beispiel die Berliner Meisterschaften für die ausländischen Kämpfer seit Jahren Endstation sind. Vor einigen Wochen wurden drei türkische Boxer Berliner Meister, zu den Norddeutschen Titelkämpfen in Flensburg durften sie nicht mitfahren.

Der Landessportbund Berlin, dessen Jugendorganisation sich vorbildlich für Ausländerintegration auch im Sport einsetzt, hat jetzt unter dem Druck der Beschlüsse des Bundesfachverbandes der Amateurboxer der weiteren Förderung ausländischer Boxer ein weiteres Hemmnis in den Weg gelegt, insoweit die Landestrainer angehalten sind, Ausländer aus dem sogenannten Förderkader D (monatliche Förderung mindestens 75,- DM) zu streichen, um künstlich ein Verhältnis von zwei Dritteln Deutsche zu ein Drittel Ausländer zu erreichen. Schon das bisherige Verhältnis 50 : 50 gerade im Jugend-



und Juniorenbereich entsprach nicht der tatsächlichen Situation in den Vereinen, in denen viel mehr jugendliche Ausländer boxen als Einheimische.

Es ließe sich allenfalls noch vertreten, wenn bei internationalen Wettbewerben und Meisterschaften oder bei Olympiaden in Deutschland ansässige Ausländer nicht der "Nationalmannschaft" angehören - immerhin hätten sie ja die Chance, für das Herkunftsland ihrer Eltern, in deren Nationalität sie hineingeboren wurden, entdeckt zu werden und anzutreten, wenn, ja wenn sie in der Bundesrepublik bei den Meisterschaften antreten und so auf sich aufmerksam machen dürften - wie im Fußball ein Tüfekci oder ein Erdal Keşer. Mit der subtilen und unsportlichen Ausländerdiskriminierung, die bei den Kampfsportverbänden eingerissen ist, wird jungen Menschen jegliche sportliche Chance genommen. Die olympische Idee wird mit Füßen getreten und das Wort "Integration" wird zum leeren Getöse von Sonntagshumanisten.

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Frau Funcke, hat erst jüngst davon gesprochen, daß es vor allem darauf ankäme, die zweite und dritte Generation aus zugewanderten Ausländerfamilien zu integrieren. Wie eigentlich will man das machen, wenn man genau diese Menschen vom sportlichen Wettbewerb ausschließt?

Man muß daher die Bundesregierung - insbesondere den für die Sportförderung zuständigen Minister des Innern und den für die Förderung der Sportjugend zuständigen Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit -, die Landessportminister und die verantwortlichen Sportbehörden der Kommunen eindringlich auffordern, Sportverbände, die bei Junioren- oder Erwachsenenmeisterschaften in Deutschland dauernd lebende Ausländer nicht zulassen, von der staatlichen Förderung auszunehmen, und zwar sowohl von der finanziellen Förderung als auch von der Zurverfügungstellung von Hallen und Plätzen.

(-/7.11.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

BR-Chefredakteur Feller soll sich wegen Böhme-Ausladung dem Rundfunkrat stellen

Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Heinz Kaiser, Mitglied des Rundfunkrates, hat BR-Intendant Reinhold Vöth in einem Brief aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß Chefredakteur Wolf Feller dem Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks wegen der Ausladung von Spiegel-Chefredakteur Erich Böhme für die Fernsehdiskussion mit Kanzler Kohl am 1. November 1984 Rede und Antwort steht. Der Wortlaut des Briefes:

"Sehr geehrter Herr Intendant Vöth,

ich hoffe, Sie teilen meine Ansicht, daß die Vorgänge um die Einladung/Ausladung des Chefredakteurs des Spiegels, Erich Böhme, zur BR-Fernsehdiskussion mit Bundeskanzler Kohl am 1. November 1984 an Peinlichkeit für den BR nicht mehr zu überbieten sind:

Version 1: In einer dpa-Meldung heißt es, ein Sprecher des Bayerischen Rundfunks sagte, 'Kohl habe den Sender wissen lassen, daß er nicht bereit sei, mit einem Mitarbeiter des Spiegels zu reden. Der BR habe Böhme auf Wunsch Kohls am Mittwoch ausgeladen'.

Wo bleibt hier die Staatsfreiheit und Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt BR? Bestimmt jetzt der Bundeskanzler und nicht mehr der Intendant das Programm?

Version 2: Demgegenüber steht die in der gleichen dpa-Meldung enthaltene Aussage des Regierungssprechers Boenisch, der die Feststellung der Bildzeitung zurückweist, 'wonach Kohl den Spiegel-Chefredakteur vor der Sendung ausgeladen habe'; weiter versichert Boenisch, 'es habe keinen Versuch der Bundesregierung gegeben, an der Sendung etwas zu ändern'.

Was stimmt jetzt eigentlich? Wer hat die Öffentlichkeit getäuscht, der Regierungssprecher oder der Sprecher des BR?

Version 3: In der Süddeutschen Zeitung vom 5. November 1984, Seite 23, steht nun eine schriftliche Stellungnahme des verantwortlichen BR-Chefredakteurs Wolf Feller, der erklärt, Böhme sei zunächst 'spontan' anstelle des Zeit-Redakteurs Christian Bertram eingeladen worden; dann, so Feller, 'nach reiflicher redaktioneller Überlegung hielten wir dann aber Herrn Böhme für das vorgesehene Thema doch nicht für den geeigneten Gesprächspartner... Die in der Fernsehdiskussion erwünschte Distanz konnten wir dann nach nochmaliger redaktioneller Beratung nicht von einem Journalisten erwarten, dessen Medium zum Teil unsachlich und polemisch die heikle Problematik behandelt hat.'

Hierzu darf ich feststellen: Es steht dem BR-Chefredakteur weder an, sich als Pressezensor zu betätigen, noch den Bundeskanzler in peinlicher Willfährigkeit und Unterwürfigkeit vor den Fragen eines kritischen Journalisten zu bewahren und nur Journalisten zuzulassen, die, so Feller, 'mit Engagement in der Sache, aber ohne negative Emotionen und Polemik diskutieren'.



Hält Feller seinen Vorgänger Mühlhens für so unfähig, daß er als Diskussionsleiter nicht in der Lage ist, etwaige 'Polemik' oder 'negative Emotionen', was immer das in den Augen Fellers sein mag, in eine informative, für den Zuschauer interessante, in der Sache harte, aber in der Form geordnete, höfliche Diskussion überzuführen?

Hat der Sprecher des BR (siehe Version 1) nicht von den 'reiflichen redaktionellen Überlegungen' zur Ausladung Böhmes gewußt? Wie kommt der BR-Sprecher zu der Feststellung, die Ausladung erfolgte auf Wunsch des Bundeskanzlers? Oder liegt nicht vielmehr die Annahme nahe, bei der Stellungnahme Fellers handele es sich um den Versuch, sich zu Lasten des Ansehens der BR vor den Bundeskanzler und dessen skandalöses Verhalten im Vorfeld der Sendung zu stellen und ihn zu decken? Gleich welche Version nun die richtige ist, ob der BR sich zum willfährigen und rückgratlosen Instrument eines unsicheren Bundeskanzlers hat machen lassen oder 'vorausseilenden Gehorsam' praktiziert hat, die die Situation ist für das Ansehen des BR überaus peinlich und abträglich.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Intendant, zu veranlassen, daß der verantwortliche Chefredakteur Wolf Feller in der nächsten Rundfunkratssitzung öffentlich eine klärende Stellungnahme abgibt und sich den kritischen Fragen des Gremiums stellt, um eine vollständige Aufklärung des Sachverhalts herbeizuführen. Zwischenzeitlich wäre es darüberhinaus für den BR und sein Ansehen notwendig, daß Sie als Intendant sicherstellen, daß Chefredakteur und Sprecher des BR nicht einander widersprüchliche, die Öffentlichkeit verwirrende Erklärungen abgeben, die der Glaubwürdigkeit des Senders abträglich sind. Ihrer Antwort sehe ich mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Heinz Kaiser, MdL".

(-/7.11.1984/ks/rs)

+ + +

